

**Festansprache Ministerin Dr. Susanne Eisenmann
beim Tag der Heimat des Bunds der Vertriebenen**

15. September 2019, 14.00 Uhr

Festansprache

[Dauer: ca. 30']

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sehr geehrte Frau Landesvorsitzende Ripsam,
sehr geehrter Herr Vizepräsident Wieland,
sehr geehrter Herr Kreisvorsitzender Reich,
sehr geehrte Damen und Herren,**

**vielen Dank für Ihren freundlichen Empfang heute
Nachmittag im für mich heimatlichen Bad Cann-
statt. Für mich ist das kein gewöhnlicher Termin,
sondern ein besonderes Anliegen, bei Ihnen zu
sprechen.**

**„Menschenrechte und Verständigung - für Frieden
in Europa“ ist der diesjährige Tag der Heimat über-
schrieben.**

Damit haben Sie nicht nur eine sehr glückliche und richtige Kombination gewählt, sondern auch eine, die sehr gut für den Bildungsbereich passt.

Lassen Sie mich aber gleich zu Beginn ein Bekenntnis dessen ablegen, was auch mir als Kultusministerin - und damit als Vertreterin der Landesregierung - von großer Bedeutung ist:

Die Aufbauleistung der Vertriebenen, ihre vorbildliche und auf Frieden und Versöhnung ausgerichtete

Politik der letzten Jahrzehnte verdient Anerkennung und alle Unterstützung.

Die Deutschen aus den insbesondere östlichen Teilen Europas, die nach 1945 unter teils unmenschlichen Bedingungen ihre angestammte Heimat zu verlassen gezwungen waren, haben sich beim Neuaufbau Deutschlands große Verdienste erworben.

Mir ist aus vielen Gesprächen - gerade hier in Stuttgart - völlig klar, dass dies auch harte Jahre des

Verzichts und der Einschränkung waren - und dies alles verbunden mit dem Trauma der verlorenen Heimat.

Sie haben sich der Aufgabe gestellt, diesen Neuanfang - durchaus nicht immer als hochwillkommene Landsleute - zu meistern.

Unrecht der Vergangenheit kann nicht ungeschehen gemacht werden. Wunden verheilen, aber kön-

nen nicht gänzlich vergessen werden. Auch dessen bin ich mir völlig bewusst.

In einem vereinten Europa, das nicht zuletzt dem Frieden in der Welt dienen will und das in den letzten Jahren stark unter Druck geraten ist, wollen wir gemeinsam für Versöhnung und für ein gutes Miteinander arbeiten und werben.

Dass es dabei immer auch gilt, die Grund- und Menschenrechte zu achten und hochzuhalten, muss -

leider - heute erneut betont werden. Man hätte vermuten oder hoffen können, dass die Geltung der Grund- und Menschenrechte in Europa endlich unumstritten ist.

Unsere verfassungsmäßige Ordnung, die heuer siebzig Jahre besteht, stellt völlig zu Recht ganz zu Beginn auf die Menschenrechte ab.

Und unsere Landesverfassung ergänzt diese um das Recht auf die Heimat. Das ist ein starkes und

ein richtiges Zeichen dessen, dass Zukunft immer auch Herkunft braucht - so hat es der deutsche Philosoph Odo Marquard (geboren in Stolp/ Hinterpommern, später Hochschullehrer in Gießen) formuliert.

Baden-Württemberg ist nach dem Zweiten Weltkrieg vielen, auch vielen von Ihnen, zur neuen, zur zweiten Heimat geworden, und gerade hier im Raum Stuttgart haben sich viele von Ihnen und - in-

zwischen kann man auch sagen: viele Ihrer Vorfahren - nach Flucht und Vertreibung niedergelassen.

Gerade von hier ging aber auch ein Impuls der Verständigung aus, der für die Geschichte Ihres Verbandes wichtig war, der aber weit in die Gesellschaft hinein gewirkt hat. In der Charta vom 5. August 1950 verzichteten die Heimatvertriebenen hier in Bad Cannstatt auf Rache und Vergeltung, bekannten sich zu einem geeinten Europa und sicher-

ten zu, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken.

Diese, wenn Sie so wollen, Vorleistung, war eine wichtige Voraussetzung für spätere Versöhnung und kann schwer in ihrer Bedeutung überschätzt werden. Es war ein wichtiges Zeichen zum rechten Augenblick und hat wichtige Grundlagen für eine Politik des Friedens und der Versöhnung gelegt.

Denn es geht um Frieden und um Verständigung zwischen den Völkern nach den verheerenden Weltkriegen, bei denen Deutschland jeweils im Mittelpunkt stand - gerade im Zweiten Weltkrieg unzweifelhaft als Aggressor und als diejenige Macht, die andere Völker unterjocht und Millionen von Menschen gequält und ermordet hat.

Auch das gehört zur historischen Wahrheit. Daher ist es auch richtig und wichtig, dass und wie hoch-

rangige deutsche Vertreter des Beginns des Zweiten Weltkriegs in Polen gedacht haben.

Es gibt, auch das sei mit Blick auf manche aktuelle Debatte gesagt, überhaupt keinen Grund zur Relativierung von Verbrechen, auch und erst recht nicht deutscher Verbrechen. Es gibt auch keinen Grund zur Verharmlosung der Qualen und des Unrechts der Vertreibung.

Und Versöhnung ist keine Selbstverständlichkeit - und umso wertvoller, wenn die Hand ausgetreckt wird. Und noch besser, wenn die ausgetreckte Hand ergriffen wird.

Die Vertriebenen haben sich tatkräftig um Versöhnung bemüht und die Chancen, die die europäische Integration insbesondere auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geboten hat, intensiv genutzt.

Das waren auch nicht immer leichte oder einfache Gespräche. Das Gedenken an den Krieg, an Flucht und Vertreibung ist nicht nur mit starken Erinnerungen, Emotionen belastet.

Es ist eine Herausforderung, die Ereignisse objektiv darzustellen und auf den nur allzu leicht erhobenen Zeigefinger zu verzichten. Das muss und das kann die Geschichtswissenschaft leisten.

Lassen Sie uns aber auch den Blick nach vorne richten - nicht zuletzt auf die Jugend. Bildungsarbeit setzt - das sage ich nicht nur, weil ich heute bei Ihnen bin, sondern aus voller Überzeugung - bei der Kenntnis der Geschichte an.

Noch einmal Odo Marquard:

„Wo wir anfangen, ist niemals der Anfang. Vor jedem Menschen hat es schon andere Menschen gegeben, in deren Üblichkeiten - Traditionen - jeder

hineingeboren ist und an die er (...) anknüpfen muss.

Das Neue (...) braucht das Alte, sonst können wir das Neue auch gar nicht als solches erkennen. Ohne das Alte können wir das Neue nicht ertragen, heute schon gar nicht, weil wir in einer wandlungsbeschleunigten Welt leben.“

Daher entkommen wir der Geschichte nicht. Wir sollten sie aber nutzen, um - im besten Sinne des

Wortes selbst-bewusst - und selbstsicher uns der Zukunft zuwenden zu können.

Zwar warne ich davor, allzu schnell und allzu forsch vermeintlich letztgültige Schlüsse aus der Geschichte ziehen zu wollen. So etwas endet schnell in der Instrumentalisierung der Geschichte zu reichlich vordergründigen Zwecken.

Kennen und wissen sollte man die Umstände, aus denen man selber und die eigenen Vorfahren kom-

men, aber auf jeden Fall - schon, um zu verstehen, warum die Welt heute so aussieht, wie es nun einmal der Fall ist.

Das heißt ganz praktisch: Wissen und Kenntnisse erwerben, gerade auch über die Geschichte der anderen, der europäischen Nachbarn. Und diese kennenzulernen.

Noch nie war es so einfach, innerhalb unseres Kontinents zu reisen und Menschen aus anderen Völkern und Nationen persönlich kennenzulernen. Zahlreiche Schüleraustausche und andere Kontaktformen fördern dies. Und - mindestens ebenso wichtig - zahlreiche Angebote zum Erlernen anderer Sprachen bieten unsere Schulen an.

Es ist außerordentlich wichtig, in diesem Sinne welt-offen zu sein und sich auf die Nachbarn einzu-

lassen. Nichts ersetzt eigene Erfahrungen und selbst geführte Gespräche mit unseren Nachbarn.

Dabei geht es nicht um Schuldzuschreibung oder ums Präsentieren historischer Rechnungen. Eine derartige historische Arithmetik halte ich für falsch. Sie schürt Ressentiments und kann nur als Hindernis für Versöhnung und gegenseitiges Verständnis angesehen werden.

Wir brauchen keine Rechnungen für die Vergangenheit, wohl aber Ideen für die Zukunft. Und ein Gedenken an das Geschehene ist sicherlich ein Aspekt, über den man sehr konkret reden muss.

Und natürlich brauchen wir, das ist mindestens so wichtig, Ideen für die Zukunft.

Das wird nicht zum Nulltarif zu haben sein, aber: ich bin überzeugt, es wäre gut investiert. Stipendien und Bildungsangebote auf breiter Front, Begeg-

nungen zwischen Menschen, besonderen jungen Menschen: so kann Europa wachsen.

Deswegen begrüße ich es auch sehr, dass es die klare politische Absicht gibt, in den laufenden Haushaltsverhandlungen der Europäischen Union bei allen richtigen Einsparnotwendigkeiten beim ERASMUS-Programm nicht nur nicht zu kürzen, sondern deutlich draufzulegen.

(Lieber Rainer Wieland, ich hoffe, Du hast diese Botschaft auch gehört. Meine Unterstützung habt Ihr in jedem Fall!)

Das freut mich nicht nur, weil es meinen Haushalt betrifft. Sondern weil ich auch durch eigene Reisen der Überzeugung bin, dass nichts den Wert persönlicher Begegnungen aufwiegt.

Und zwar nicht nur Reisen an Gedenkstätten und Orte, die mit den schlimmsten denkbaren Mensch-

heitsverbrechen belegt sind; so eindrücklich und so wichtig diese Besuche auch sind.

Nehmen wir nur ein positives Beispiel von vielen. Schauen Sie sich das neue Warschau an: eine Stadt, die 1945 eine einzige Trümmerwüste war.

Heute eine der dynamischsten Städte ganz Europas - eine mit viel Liebe zum Detail restaurierte Altstadt, ein hochmodernes Geschäftsviertel, eine florieren-

de Wirtschaft und ein gut ausgebautes Nahverkehrssystem.

Wer kürzlich dort war, wird sein Bild von „Osteuropa“ stark revidieren müssen. Wie wir überhaupt eher von Mitteleuropa reden müssten, denn so weit im Osten sind diese Länder ja nicht gelegen.

Sie, meine Damen und Herren, wissen das. Es ist Ihre zeitlich ferne, alte und doch auch wieder heute nahe Heimat.

Daher plädiere ich sehr dafür, in die Zukunft zu investieren. Die Idee eines für die jungen Menschen kostenlosen Interrail-Tickets ist mir deswegen außerordentlich sympathisch.

Und wir sollten bei der politischen Bildung ansetzen - und den Wert von Demokratie, von Menschenrechten und den Wert einer Zusammenarbeit der Völker und Staaten herausstellen.

Dazu haben wir als Kultusministerium unter breiter Beteiligung von Fachleuten und der Öffentlichkeit einen neuen Leitfaden Demokratiebildung erarbeitet. Dieser ist für alle Schularten und Jahrgangsstufen gültig. Er soll die Lehrerinnen und Lehrer darin unterstützen, gerade auch fächerübergreifend diese Themen zu vermitteln und zu verankern.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit - das fällt nicht vom Himmel, sondern muss immer wieder behauptet werden.

tet werden. Das gilt in noch stärkerem Maße für den Frieden.

Frieden kann in einer wehrhaften Demokratie kein naiver Friede sein, und die Gewährleistung der inneren und der äußeren Sicherheit und der Handlungsfähigkeit sind unzweifelhaft Staatsaufgaben. Da kann und darf es auch keine Abstriche geben.

Friede basiert aber auch und ganz wesentlich auf Verständigung und auf Berechenbarkeit, Verlässlichkeit.

Bei aller Konzentration auf die Innenpolitik, auf Wirtschaft und Soziales, dürfen wir in Deutschland nicht vergessen, dass andere auf uns schauen und nach einem nicht nur friedlichen, sondern auch handlungsfähigen Deutschland verlangen. Das ist die Verantwortung der Politik, die wir, die wir Verantwortung tragen, annehmen müssen.

Außerdem bieten wir im Rahmen landeskundlichen Unterrichts in Geschichte Unterrichtsmaterialien zur Eingliederung der Vertriebenen an, die die Lehrerinnen und Lehrer für die Gestaltung von Stunden verwenden können.

Die Geschichte Baden-Württembergs nach 1945 ist untrennbar verbunden mit der Integration und dem Wirken der Heimatvertriebenen.

Es freut mich auch vor diesem Hintergrund sehr, dass bereits 1950 auch Sie einen breiteren Fokus als den rein deutschen gewählt haben und in der Charta sozusagen gesamteuropäisch gedacht haben.

Das war, wenn man sich die damalige Lage des Jahres 1950 vergegenwärtigt, so zwingend nicht. Europa lag in Trümmern, die Zukunft alles andere als sicher.

Daher sind auch Ihr Aufbauwerk und Ihre Beteiligung an einem vereinten Europa nicht zu überschätzen. Wir sind an diesen Kontinent gebunden als Deutsche, wir müssen - als größte Nation in Europa - diesen auch mitgestalten. Ob wir wollen oder nicht. Auch das erwarten übrigens unsere Partner und Nachbarn.

Abwarten und Tee trinken, können wir uns nicht leisten. Und als eine der wirtschaftsstärksten Regionen - auch durch Ihr Verdienst - in Europa müssen

wir uns zwingend für die Zukunft unseres Kontinents interessieren.

Eine aktive und verantwortungsvolle Europapolitik ist daher kein Luxus. Sie ist historisch erforderlich, sie ist ökonomisch zwingend, sie ist politisch angezeigt.

Wenn diese im Zeichen von Versöhnung und Kooperation steht, dann hat sie alle Chancen auf Erfolg.

Auch dazu können nach wie vor die Vertriebenenverbände, die sich im BDV versammeln, einen wichtigen Beitrag leisten. Und dazu rufe ich Sie daher auch auf. Zur konstruktiven Mitwirkung an einem vereinten Europa - ganz im Sinne der Charta der Heimatvertriebenen.

Die Landesregierung wird auch weiterhin auf Sie als wichtige und erfahrene Partner zählen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dem Tag der Heimat wünsche ich einen erfreulichen und harmonischen Verlauf und wünsche Ihnen politisch und persönlich alles Gute.

Vielen Dank.